

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Baranowski,
lieber Herr Dr. Sternberg,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mir kommt heute die ehrbare Aufgabe zu, die Konferenz mit einem Statement zusammenzufassen und abzuschließen. Dabei habe ich – auch wenn Sie es nicht sehen können – einen dreifachen Hut auf:

Einen für das Amt des Präsidenten des Verbandes kommunaler Unternehmen,
einen für den stellvertretenden Vorsitz der Bundes-SGK sowie
einen Hut des Mainzer Oberbürgermeisters.

In dieser Kombination kann ich die heute und gestern diskutierten Aspekte – wie ich finde – aus unterschiedlichen Blickwinkeln gut bewerten. Denn die digitale Transformation

ist für die Kommune insgesamt, also für Kommunalpolitik, Verwaltung und kommunale Unternehmen gleichermaßen, ein **Querschnittsthema**. Als Metatrend wirkt die Digitalisierung auf viele Aufgaben der Kommune und beeinflusst auch unseren Umgang mit Megatrends wie beispielsweise dem demografischen Wandel, der Dezentralisierung oder der Dekarbonisierung.

Dabei ist die Digitalisierung in den Kommunen Herausforderung und Chance zugleich.

Wenn wir über Digitalisierung sprechen, fallen immer wieder die Begriffe: „Smart City“, „Smart Region“ oder „Digitale Dörfer“. Das zeigt mir und das hat auch die Konferenz gezeigt: Die Digitalisierung dringt bis in den letzten Winkel der Kommune vor, spielt sich vor Ort ab und verändert dort das Zusammenleben, die Kommunikation und noch viel mehr.

Dabei hat die Digitalisierung längst unseren Alltag erfasst. Wir bestellen Bücher, Essen und Kleidung per Smartphone und verkaufen Gebrauchtes genauso schnell und einfach per

App. Wir streamen aus riesigen Musikkatalogen, schauen Serien nicht mehr nach Sendezeit, sondern on demand, wir speichern unsere Urlaubserinnerungen in der Cloud und teilen sie, bevor die Postkarte überhaupt losgeschickt wurde.

Hinzu kommt, dass sich unsere Alltagsgegenstände zunehmend miteinander vernetzen. Zu Computern, Tablets, Smartphones, Fernsehern oder eBook-Readern kommen mit dem „Internet der Dinge“ zahlreiche weitere Geräte hinzu: programmierbare Glühbirnen, elektronische Fenster- und Türsicherungen, vernetzte Rauchmelder oder digital steuerbare Heizungsventile.

Das Attribut „nicht vernetzt“ wird es in naher Zukunft also nicht mehr geben. Denn die Digitalisierung kennt keinen Rückwärtsgang.

Dabei ist die Geschwindigkeit, mit der die intelligente Vernetzung vonstattengeht, enorm: Das US-Marktforschungsinstitut Gartner prognostiziert¹, dass die

¹ Pressemitteilung vom 17.02.2017.

Zahl der vernetzten Geräte weltweit dieses Jahr auf knapp 8,4 Milliarden steigen wird. Die Zahl bedeutet immerhin ein Plus von 31 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2020 prognostiziert Gartner sogar 20,4 Milliarden vernetzte Geräte weltweit. Schon in diesem Jahr wird es mehr vernetzte Geräte geben, als Menschen auf unserem Planeten leben.

Cisco hingegen geht von einem weitaus größeren Wachstum aus. Der Netzwerkausrüster erklärte – allerdings bereits 2013 – dass bis 2020 rund 50 Milliarden Dinge mit dem Internet verbunden sein werden.

Auch unsere Arbeit und Arbeitsprozesse haben sich bereits verändert: Wir sind ständig mobil erreichbar, können Dokumente auch von unterwegs bearbeiten oder halten Videokonferenzen vom Home Office aus ab. Und natürlich verändern sich auch Unternehmen, Branchen und Geschäftsmodelle.

Wir stecken also mittendrin in der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wäre es verkehrt,

zu sagen: Wir machen da nicht mit! Stattdessen muss es unser Anspruch sein, die Digitalisierung zu gestalten und sie positiv für sich, für uns zu nutzen.

Dabei ist für mich klar: Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll vielmehr klaren, gemeinwohlorientierten Zielen dienen, die Städte und Gemeinden lebenswerter machen, die Wirtschaft stärken sowie Teilhabe und Mitgestaltung ermöglichen.

Die zentrale Frage lautet also: Wie schaffen wir es, überall Lebensqualität zu sichern und unsere regional diversifizierte Wirtschaftsstruktur – eine Stärke unseres Landes – zu erhalten und zukunftssicher zu machen? Gemäß dem Titel der Konferenz, lautet die Antwort: Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen! Wir müssen heute gestalten, wie wir morgen leben wollen!

Viele wichtige Themen und Schlagwörter wie Open Data, Smart Cities, intelligente Mobilität, IT-Sicherheit oder der

Breitbandausbau wurden gestern und heute auf der Konferenz angesprochen, vertieft und intensiv diskutiert.

Zwar wurden die Bereiche Bildung, Arbeit oder Gesundheit nur am Rande diskutiert. Dies soll aber nicht bedeuten, dass sie weniger wichtig wären. Wie es nun mal in der Natur der Digitalisierung liegt, hängt alles mit allem zusammen.

Denn – wie ich zu Beginn bereits gesagt habe – die Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe, der sich einzelne Bereiche nicht entziehen können. Die Hoffnung, dass es weiterhin analoge Inseln geben wird, ist also realitätsfern.

Wichtig ist, dass Kommunalpolitik, Verwaltung und kommunale Unternehmen das Thema gemeinsam anpacken und aktiv vorantreiben. Ob am Ende dabei eine Digitalisierungsstrategie, eine Digitalisierungs-Roadmap oder eine Digitale Agenda herauskommt, das ist nicht der springende Punkt. Vielmehr geht es darum, miteinander zu sprechen, alle an einen Tisch zu holen, zu diskutieren, was man vor Ort gestalten will, sich zu vernetzen, Fragen zu stellen, sich auszutau-

schen, sich (neue) Partner zu suchen und gelegentlich auch über den Tellerrand zu schauen.

Denn wer im Stillen immer nur sein eigenes Süppchen kocht, kommt nicht in den Genuss neuer Geschmacksrichtungen.

Meine Damen und Herren,

während der vergangenen zwei Tage herrschte Einigkeit darüber, dass eine hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur grundlegende Voraussetzung für die Digitalisierung ist. Schnelles Internet zählt schon jetzt zu den wichtigsten Standortfaktoren von Städten und Regionen. Sie ist die Grundvoraussetzung digitaler Kommunen und lokaler Wirtschaft. Insbesondere auch in strukturschwachen Regionen sind sie ein Baustein zur Lösung bestehender Herausforderungen.

Breitband ist inzwischen moderne Daseinsvorsorge. Denn hohe Bandbreiten sollten eine Ressource wie sauberes Trinkwasser sein, auf die jeder zugreifen können muss.

Viele Kommunen haben eigene Breitbandziele definiert, die über die Ziele der Bundesregierung hinausgehen. Das ist sehr vernünftig, denn wir alle wissen, dass Übertragungsraten von 50 Mbit/s für eine Gigabitgesellschaft nicht ausreichen und demnach nur ein Etappenziel sein können. Ziel sollte daher eine flächendeckende Glasfaserversorgung sein.

Kommunale Unternehmen gehen hier vielerorts vorbildlich voran und setzen auf Glasfaser. Im vergangenen Jahr investierten sie eine halbe Milliarde Euro in den Breitbandausbau und werden bis 2019 mehr als das Dreifache dieser Summe – insgesamt 1,7 Milliarden Euro – in den Ausbau von Glasfasernetzen stecken.

Vor allem im ländlichen, dünnbesiedelten Raum sind kommunale Unternehmen unverzichtbar: über 75 Prozent ihrer Ausbaugebiete waren vorher ganz oder teilweise unterversorgt. So sorgen die kommunalen Unternehmen dafür, dass weiße Flecken nicht länger weiß bleiben. Denn einen digitalen Flickenteppich können wir uns nicht leisten.

Ich möchte an dieser Stelle auch deutlich sagen: Der Übergang zur Gigabit-Gesellschaft kann nur im fairen Wettbewerb erreicht werden und darf keinesfalls durch neue Monopole behindert werden. Klar muss zudem sein, dass der flächendeckende Breitbandausbau vor allem in ländlichen Gebieten nicht ohne Fördermittel möglich sein wird.

Für uns steht fest: Wer 5G und die Gigabitgesellschaft für den Wirtschaftsstandort und die Bürger in Deutschland fördern will, der muss auf Glasfaser setzen.

Wer billig baut, baut zweimal. Das kostet in diesem Falle Unsummen an Steuergeldern. Breitband mit Glasfasern ist die Zukunft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Verfahren zur Markterkundung für beide Seiten innerhalb einer bestimmten Frist bindend sein müssen.

Genauso wie wir für die digitale Transformation eine zukunftsfähige Infrastruktur brauchen, gehört auch ein Umdenken in den Köpfen dazu: Wir müssen noch stärker vom

Bürger bzw. Kunden her denken und bestehende sowie neue Angebote an dieser Maxime ausrichten.

Durch die Nähe der Städte, Gemeinden und Kreise zu den Bürgern haben sie bereits einen strukturellen Vorteil.

Zusätzlich hat die kommunale Ebene einen Vertrauensvorsprung.

Aktuelle Zahlen des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes forsa zum Vertrauen in Institutionen vom Januar 2017 bestätigen das. Die überwiegende Mehrheit (78 Prozent) der Bundesbürger gibt an, kommunalen Unternehmen großes oder sogar sehr großes Vertrauen entgegenzubringen. Das Vertrauen zu kommunalen Unternehmen ist aktuell etwas größer als bereits im letzten Jahr (+ 3 Prozentpunkte). Damit stehen kommunale Unternehmen an fünfter Stelle im Vertrauensranking nach der Polizei, Universitäten, dem eigenen Arbeitgeber und Ärzten.

Diese Vorteile sollten wir noch stärker ausspielen. Das betrifft nicht nur die eigene Verwaltung und deren Kommunikation. Das gilt genauso für neue Geschäftsfelder und Produkte.

Hier ist es wichtig, dass Kommunen ihre eigene Handlungsfähigkeit bewahren und eine zu starke Abhängigkeit vermeiden. Mit den kommunalen Unternehmen stehen lokal verankerte Partner mit engen Beziehungen zu regionalen Akteuren für die Umsetzung digitaler Strategien bereit. Sie betreiben Strom-, Gas-, Wärme, Wasser- und Breitbandnetze, sorgen sich um den Personennahverkehr und die Abfallsorgung.

Sprich: Sie sind verantwortlich für die zentralen Infrastrukturen auf denen künftige Smart City-Lösungen aufsetzen werden. Dieses Pfund sollte in enger Kooperation genutzt werden, um neue Dienstleistungen und Angebote zu entwickeln und zu verknüpfen.

Hier ist natürlich auch wieder die Politik gefragt, den nötigen Handlungsspielraum für neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen.

Wenn wir bei der Digitalisierung weiter denken wollen und beispielsweise zu einer echten intelligenten Vernetzung der Daten des öffentlichen Raums kommen wollen, müssen wir auch über die Definition moderner Daseinsvorsorge sprechen.

Daseinsvorsorge 4.0 braucht Gesetzgebung 4.0.

Das Gemeindefirtschaftsrecht einiger Bundesländer muss zur digitalen Welt passen, insbesondere in Bezug auf die Energiewirtschaft. Das entspricht auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die kommunalen Unternehmen.

Denn zukünftig kommt es noch stärker auf Schnelligkeit und Flexibilität an.

Für kleinere Kommunen bieten sich regionale Kooperationen und Allianzen an, um eine kritische Masse für den Aufbau

entsprechender Kompetenzen zu erreichen und mögliche Synergieeffekte nutzen zu können. Hier haben wir gestern und heute viele gute Beispiele und Ideen gehört.

Regionale (Daten-)Plattformen werden an Bedeutung gewinnen. Deshalb setzt sich der VKU mit den Kommunalen Spitzenverbänden, dem BMUB und dem BMBF in Sachen Rahmen für die Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung ein. Eine nationale Smart-City-Strategie wäre hier die richtige Antwort.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss eines sagen: Viele Akteure sind heute nur noch virtuell zu fassen. Bei den Kommunen, ihrer Verwaltung und ihren Unternehmen sieht das anders aus. Sie sind die Schnittstelle zum Bürger – das soll auch in der digitalen Welt so bleiben.

Also fahren Sie nach Hause, tragen Sie Ihre Erkenntnisse und Ideen in Ihren Stadtrat, in Ihre Verwaltung oder Ihr Unternehmen. Vielen Dank!